

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Keine eigenen liechtensteinischen Umweltschutzlehrmittel

Die Regierung gibt Antwort auf Fragen des Landtags nach der Umweltschulung – Unterrichtshilfen werden nach und nach geschaffen

Die Regierung vertritt die Auffassung, dass für unser Land keine eigenen Umweltschutzlehrmittel geschaffen werden müssen, da das diesbezügliche Angebot aus dem Ausland recht umfangreich und aktuellitätsbezogen sei. In einem Bericht an den Landtag aufgrund eines FBP-Postulates gelangt die Regierung jedoch zur Ansicht, dass die Lehrerfortbildung im Umweltschutzbereich noch verstärkt werden sollte.

Auf dem Gebiete der Umweltschulung wurden in den liechtensteinischen Schulen, so heisst es im Bericht der Regierung an den Landtag, vielfältige Akzente in den zurückliegenden Jahren gesetzt. Die im FBP-Postulat und in einer VU-Motion geforderten Massnahmen seien zum grössten Teil bereits eingeleitet oder durchgeführt. Das FBP-Postulat hatte die Weiterführung der Lehrerfortbildungskurse für Umweltschulung, die Schaffung liechtensteinischer Unterrichtshilfen, die Organisation von Konzentrationswochen und die Vergabe eines Natur- und Umweltschutzpreises gefordert.

Lehrerfortbildung intensivieren

Nachstehend nun ein paar Auszüge aus dem Bericht der Regierung, der sich mit der Umweltschulung und der Schaffung von Unterrichtshilfen auseinandersetzt.

Kurse zum Thema «Umweltschutz» werden in Liechtenstein seit längerer Zeit im Rahmen der Fortbildungsprogramme für Lehrer durchgeführt. Im Jahre 1985 wurden erstmals schulhausinterne Kurse ausgeschrieben, die für die Lehrkräfte der verschiedenen Schulstufen verpflichtend waren. Damit haben bis zum heutigen Tag praktisch alle in unserem Lande unterrichtenden Lehrpersonen (mit Ausnahme von ausgesprochenen Fachlehrern für Musik, Turnen etc.) mindestens einen auf die Schule ausgerichteten Kurs mit Bezug auf den Umweltschutz mitgemacht. Selbstverständlich werden diese Kurse weitergeführt, und gerade das Langschuljahr wird die Gelegenheit zur vermehrten Vertiefung dieser Problematik bieten. Die Regierung ist in Zusammenarbeit mit den Schulbehörden bestrebt, in Zukunft noch in verstärktem Masse die Lehrerschaft für das Anliegen des Umweltschutzes zu sensibilisieren, damit dieser wichtige Gedanke über die Schule einem breiten Kreis unserer Bevölkerung nähergebracht wird.

Weihbischof für unser Bistum

Zürich (AP) Die umstrittene Neueinteilung der Schweizer Bistümer wird vor derhand aufs Eis gelegt. Um den neuen Bedürfnissen trotzdem gerecht werden zu können, hat der auch für Liechtenstein zuständige Bischof von Chur den Papst um Ernennung eines Weihbischofs gebeten, wie Bischof Johannes Vonderach in Zürich mitteilen liess. Der neue Weihbischof wird auch für Zürich zuständig sein, aber in Chur residieren. In diesem Jahr haben bereits Basel und Genf einen zusätzlichen Weihbischof erhalten.

In der Calvinstadt Genf ist die Wohnsituation eines katholischen Bischofs teilweise auf Opposition reformierter Kreise gestossen. Die Zwinglistadt Zürich wird dagegen nicht Bischofssitz. Der neue Weih- oder Hilfsbischof werde zwar auch in Zürich tätig sein, aber in Chur residieren, heisst es in der Mitteilung. Im früher rein reformierten Kanton Zürich wohnt heute die Mehrheit der Katholiken des Bistums Chur. Von insgesamt rund 680 000 Katholiken hatten Ende des vergangenen Jahres 394 000 Wohnsitz im Kanton Zürich.

Aufgrund dieser Schwerpunktsverschiebungen innerhalb der traditionellen Bistümer war nach dem zweiten Vatikanischen Konzil zunächst eine Neueinteilung geplant worden.

Schaffung liechtensteinischer Unterrichtshilfen

Auch die Regierung ist sich darüber bewusst, dass ein wirkungsvoller und nachhaltiger Unterricht nur dann möglich ist, wenn den Lehrpersonen die dafür notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können. Allgemeine Unterlagen für den Umweltschutz erhalten die Lehrpersonen jeweils in den entsprechenden Kursen. Die Lehrer können bei der Gestaltung des Unterrichtes aber auch auf ausgezeichnete liechtensteinische Unterlagen zurückgreifen.

Keine eigenen Lehrmittel

Für den Unterricht zum Thema «Umweltschutz» stehen zudem Unterlagen von verschiedenen Lehrmittelverlagen für Lehrer wie auch für Schüler zur Ver-

fügung. Die Regierung erachtet es beim derzeitigen Angebot guter bis hervorragender Unterrichtshilfen nicht für notwendig, eigene Lehrmittel herzustellen.

Auch wenn jeder Staat spezifische Umweltprobleme kennt, die ihn aus verschiedenen Gründen besonders betreffen, so ist die eigentliche Umwelterziehung, wie sie auch unsere Schulen zu vermitteln haben, nicht an Grenzen gebunden. Aus diesem Grunde ist es ein Vorteil, aus den zahlreichen angebotenen Umweltschutz-Lehrmitteln jene auszuwählen zu können, die für den Einsatz an unseren Schulen am besten geeignet erscheinen. Dies kommt dem Staat nicht nur günstig zu stehen, sondern bietet darüber hinaus die Gewähr, dass die aktuellsten Lehrmittel zur Verfügung stehen.

Anders präsentiert sich die Situation in bezug auf Dia-Serien und ähnliche Unterrichtshilfen für den Lehrer, wo es viel eher möglich ist, eigene liechtensteinische Probleme darzustellen. Die dafür zuständige Didaktische Medienstelle ist deshalb auch bemüht, entsprechende Unterlagen zu erarbeiten. Allerdings bedarf die Herstellung solcher Lehrmittel umfangreicher und gründlicher Vorarbeiten, so dass – neben den bereits vorhandenen – eine Sammlung liechtensteinischer Unterrichtshilfen nur langsam entstehen kann. Dies ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Nachteil, nachdem die Didaktische Medienstelle auch auf dem Gebiete des Umweltschutzes geeignete ausländische Unterrichtshilfen anbieten kann.

Mehrausgaben für das Postwesen in diesem Jahr

Dem Landtag liegen Nachtragskredite für Postsachenbeförderung und Postautokurse vor

Verschiedene Nachtragskredite, welche die Regierung dem Landtag zulasten des Budgets 1987 unterbreitete, befassen sich mit dem Postwesen. Für zusätzliche Postautokurse werden 265 000 Franken mehr benötigt, für den Fernmeldebereich sind es 143 000 Franken und für die Postsachenbeförderung müssen 83 000 Franken nachgeschoben werden.

Zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs wurde auf 31. Mai 1987 ein neuer Fahrplan für die Postautos eingeführt, welcher verschiedene Erweiterungen im Kursangebot brachte. Aufgrund dieser erhöhten Fahrleistungen steigen die Kurszahlungen an die Postautotalter um rund 167 000 Franken über die budgetierten Kosten an. Nicht im Voranschlag vorgesehen sind auch die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionsversicherung für die Wagenführer, da der Landtag erst im Dezember 1986 der Aufnahme des PTT-Privatpersonals in die Pensionsversicherung des Staatspersonals die Zustimmung erteilte. Die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionsversicherung und an die Krankenversicherung erfordern weitere Aufwendungen von rund 95 000 Franken gegenüber dem Budget-

kredit. Gesamthaft waren 5,195 Millionen Franken budgetiert, als Nachtragskredit werden dem Landtag nun 265 000 Franken unterbreitet.

Höhere Taxanteile der Drittländer

Für den Fernmeldeverkehr mit Drittstaaten steht den ausländischen Postverwaltungen ein anteiliger Betrag an den vom Land vereinnahmten Verkehrstaxen (Telefongesprächstaxen, Telex-Verbindungstaxen, Telegrammtaxen) zu. Dieser Taxanteil hat die Kosten für die Durchleitung des liechtensteinischen Fernmeldeverkehrs in den Drittländern abzudecken. Die Ansätze für die abzugebenden Taxanteile sind in den internationalen Empfehlungen und Vereinbarungen der Mitgliedsländer der Fernmeldeunion festgelegt. Die Höhe der abzugebenden Taxbeiträge richtet sich nach dem Verkehrsvolumen und nach der Art der Empfangsländer. Sie ist auch von der Parität des Schweizerfrankens zum Goldfranken, welcher in der internationalen Verkehrsabrechnung die Abrechnungseinheit bildet, abhängig. Die Endabrechnung mit den Mitgliedsländern der Fernmeldeunion erfolgt mitte des der Abrechnungs-

periode folgenden Jahres. Während des Verwaltungsjahres werden die Taxanteile mit den geschätzten Budgetwerten vergütet, wobei Mehr- oder Minderzahlungen aufgrund der effektiven Ergebnisse im Folgejahr ausgeglichen werden.

Für diese Taxanteile hatte die Regierung insgesamt 4,110 Millionen Franken budgetiert, wobei der Telefonverkehr 3,550 Millionen Franken umfasste, während der Telexverkehr mit 450 000 Franken in Voranschlag gebracht wurde und für Telegramme 110 000 Franken vorgesehen waren. Telex- und Telegrammverkehr brachten höhere Einnahmen als vorgesehen, doch der Telefonverkehr blieb weit unter den Erwartungen, so dass ein Nachtragskredit von 142 000 Franken einholt werden muss.

Höhere Anteile für Postbeförderung

Für die Postsachenbeförderung waren für das Jahr 1987 insgesamt 2,457 Millionen Franken budgetiert. Nun reicht dieser Betrag nicht aus, so dass 83 000 Franken als Nachtragskredit nachgefordert werden müssen.

Mehr Platz für Schule und Kindergarten in Ruggell

Arbeiten für Erweiterungsbau der Primarschule schreiten voran – Aufrichtfest am letzten Wochenende

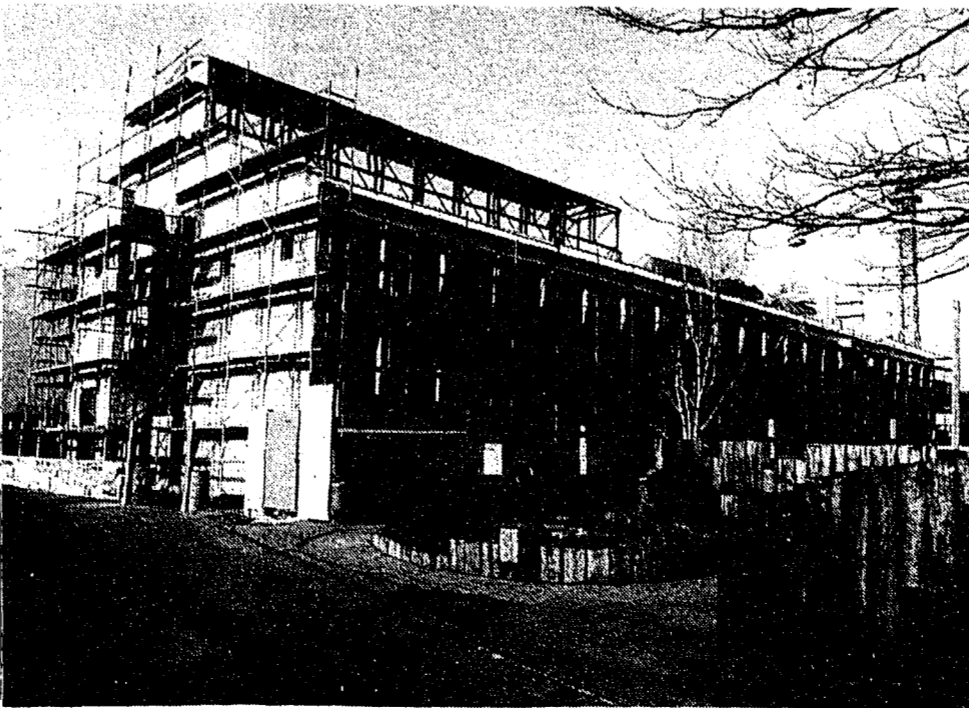
Vor 13 Monaten sprachen sich die Ruggeller Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit 257 Ja gegen 179 Nein für die Genehmigung eines Verpflichtungskredites in Höhe von 6,53 Millionen Franken für den Erweiterungsbau der Primarschule aus. Obwohl sich der Baubeginn verzögert hatte, sind die Arbeiten nun zügig vorangeschritten, so dass am letzten Wochenende das Aufrichtfest stattfinden konnte.

Das starke Bevölkerungswachstum in unserer nördlichsten Gemeinde, wo die Einwohnerzahl seit dem Jahre 1980 von 1113 auf derzeit 1385 angewachsen ist, zwang die Gemeindebehörde, mehr Platz für die Primar- und Kindergartenschüler zu schaffen. Aus diesem Grund wurde ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Das erstprämierte Projekt des Trienser Architekten Silvio Marogg umfasst im wesentlichen eine Verdoppelung der bisherigen Klassenräumlichkeiten samt dazugehörigen Neben- und Gemeinschaftsräumen, zwei zusätzliche Kindergärten sowie eine Schulsportanlage (mit Trockenplatz und Leichtathletikanlagen) im südwestlichen Arealbereich. Schliesslich wurde auf Empfehlung des Zivilschutzamtes auch beschlossen, im Kellergeschoss des Erweiterungsbaues eine Zivilschutzanlage für rund 400 Personen zu erstellen. Mit dem Erweiterungsbau kann die Gemeinde nebst den dringend benötigten Schulräumen auch Reserven schaffen, die für die absehbare Zukunft ausrei-

chen. Allerdings umfasste der Projektwettbewerb auch eine zweite Ausbaustappe mit zusätzlicher Turnhalle und zwei neuen Kindergärten, die sich später in das vorliegende Projekt einfügen lassen.

Die Gesamtkosten für die Gebäude- und Aussenanlagen sowie für die Aus-

stattung sämtlicher Räume inklusive der Zivilschutzanlage belaufen sich auf 9,25 Millionen Franken. Nach Abzug der Landessubvention verbleibt der Gemeinde Ruggell ein Kostenbeitrag in Höhe von 6,53 Millionen Franken. Der Erweiterungsbau soll gemäss Planung im Sommer 1989 bezugsbereit sein.



Die Arbeiten für den Erweiterungsbau der Primarschule Ruggell sind in den letzten Monaten zügig vorangeschritten. Die dringend benötigten Räumlichkeiten für Schule und Kindergarten sollen im Sommer 1989 bezugsbereit sein. (Bild: Brigitt Ritsch)

KOMMENTAR

«Brennend interessiert» zeigen sich, wenn man der Regierungszeitung «Liechtensteiner Vaterland» folgt, die österreichischen Journalisten an der Frage, ob Bundespräsident Waldheim eine Einladung nach Liechtenstein erhalten habe. Dieses brennende Interesse muss sich an den zwei knappen Fragen entzündet haben, die an der von Medienvertretern schlecht besuchten Pressekonferenz gestellt wurden, ohne dass dies nennenswert aufgefallen wäre. Die Antworten auf beide Fragen fielen auch dementsprechend aus: Einerseits ergingen die Einladungen nur von Staatsoberhaupt zu Staatsoberhaupt, für den anderen Fall – das 50jährige Regierungsjubiläum – seien die Vorbereitungen noch nicht zu Ende, der Personenkreis noch nicht definitiv abgesteckt.

Zur gleichen Zeit, als das «Vaterland» brennendes Interesse registrierte, verlautete in Wien, dass die Historikerkommission zur Untersuchung des Fall Waldheims zu einem Ergebnis kommen werde, das einen Rücktritt des Bundespräsidenten wohl unumgänglich mache. Waldheim selbst trat diesen Mutmassungen mit dem Hinweis entgegen, dass er als vom Volk gewählter Vertreter nicht daran denke, wegen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe den Hut zu nehmen.

Und zum gleichen Zeitpunkt konnten die österreichischen Medien berichten, dass mit Hans Brunhart endlich auch ein westlicher Regierungschef seit dem Amts-

Winkelried oder Tor?

antritt Waldheims Österreich einen Besuch abgestattet und den bedrängten Bundespräsidenten aufgesucht habe. Nach einem Bericht der Wiener Zeitung «Die Presse» sei die Visite Brunharts bei Waldheim für den liechtensteinischen Regierungschef «weder ein Problem», noch habe er damit ein Zeichen setzen wollen: «Ich habe mich über die Einladung Vranitzkys gefreut, und heute war ich bei Präsident Waldheim, den ich schon lange kenne.»

Bemerkenswerte Worte eines Regierungschefs, der sich offensichtlich einen Deut darum schert, was die westlichen Regierungschefs solidarisch üben. In der Fall Waldheim entschieden ist. Ein Zeichen hat er, ob er wollte oder nicht, zweifellos gesetzt. Und dies wird in den anderen Hauptstädten mit Sicherheit registriert. Es ist aber kaum anzunehmen, dass die westlichen Regierungschefs dem Beispiel Brunharts folgen werden. Also bleibt wohl übrig, dass Liechtenstein unnötigerweise isoliert dastehen wird. Die Freude über eine Einladung sollte nicht die Solidarität mit anderen Staaten überdecken. (G.M.)

Im November 167 neue Fahrzeuge

Im November 1987 (November 1986) wurden in Liechtenstein insgesamt 167 (157) neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert. Wie aus der soeben veröffentlichten November-Statistik des Amtes für Volkswirtschaft weiters hervorgeht, erfüllen von den 127 (125) Personenwagen und Kleinbussen 106 (70) Fahrzeuge oder 83,5 Prozent (56,0 Prozent) die US-Norm 83. Vom Januar bis November 1987 (1986) sind 2598 (2317) neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt worden, das sind 12,1 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Echte Perser-Teppiche
 075 / 3 23 66 Lager
 075 / 3 46 23 Privat
Mandana AG Mauren
 Beschäftigung nach Vereinbarung